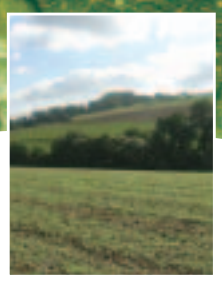
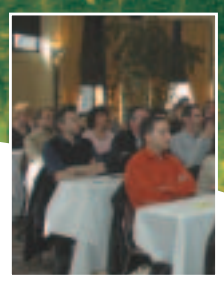
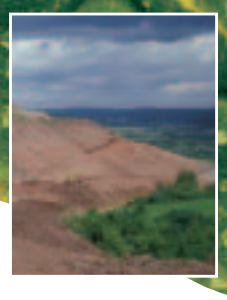
Kéisecker-Info n°3/08

de Kéisecker INfo

PERIODIQUE DU MOUVEMENT ECOLOGIQUE ASBL
Paraît au moins 12 fois par an

mouvement écologique

6, rue Vauban – L-2663 Luxembourg – Tél: 43 90 30 1 – Fax: 43 90 30 43
meco@oeko.lu – www.oeko.lu

CCPL LU16 1111 0392 1729 0000
BCEE LU20 0019 1300 1122 4000

EDITORIAL - EDITORIAL - EDITORIAL - EDITORIAL - EDITORIAL - EDITORIAL

Auf bemerkenswerten Anklang stieß die Debatte, die auf dem Kongress des Mouvement Ecologique bewußt aufgegriffen wurde: Wie wollen wir in Zukunft in Luxemburg leben? Wie definieren wir Lebensqualität? Wie Wohlstand? Was bedeutet für uns „glücklich leben"? ... und aber auch damit verbunden: wie soll soziale Gerechtigkeit aussehen?

Mehr und mehr Menschen in Luxemburg scheinen doch der Überzeugung zu sein, dass es Grenzen für das materielle Wachstum geben muss. Jedes Jahr 4% Wirtschaftswachstum – eine Verdoppelung unseres Bruttosozialproduktes in 20 Jahren – heißt dies mehr Zufriedenheit? So manch einer ist mittlerweile davon überzeugt, dass dies nicht der Fall sein wird. Dass andere Werte viel wichtiger sind für unsere Lebensqualität: von guten Arbeitsbedingungen bis hin zu einer vielfältigen Natur- und Umwelt.

Wobei wir bei einer fundamentalen Wertediskussion in unserer Gesellschaft sind. Einer Wertediskussion, die wohl auch am Ursprung der Gründung eines Mouvement Ecologique stand... Denn hinter allen doch manchmal auf den ersten Blick recht technischen Forderungen eines Mouvement Ecologique, verbergen sich immer Werte: eine gesundheits- und umweltschonende Mobilität, eine rationelle Nutzung der verfügbaren Ressourcen, eine Artenvielfalt ...

Damit eng verbunden ist natürlich auch die Verteilungsfrage: Die Frage der Verteilung des Reichtums in unseren Gesellschaften – zwischen Nord und Süd – und die Verteilung zwischen den heute lebenden und den kommenden Generationen.

Der Mouvement Ecologique erwartet, dass anläßlich des anstehenden «Wahlkampfes» auch derart fundamentale Fragestellungen aufgegriffen werden. Und dass uns vielleicht gelingen wird, nicht allzu pauschal über «materielle Güter» zu diskutieren, sondern dass bewußt thematisiert wird, welche Bevölkerungsschichten tatsächlich einkommensschwach sind und welche nicht. Denn es ist z.B. nur gerecht, wenn der Wasserpreis für uns alle die reellen Kosten widerspiegelt. Nur wenn wir uns des Wertes des Wassers bewusst sind, werden wir auch sorgsam mit diesem Gut umgehen. Die Zeiten müssen vorbei sein, wo der Ressourcenverbrauch, die Umweltbelastung ... nichts kosten und somit die Verschwendung geradezu unterstüzt wird. Hier muss endlich eine Preiswahrheit eingeführt werden! Und wenn denn einkommensschwache Bevölkerungsgruppen durch diese Maßnahmen Probleme bekommen sollten, sollen sie gezielt unterstützt werden. Dass wir aber alle vom Staat quasi subventioniert werden, ist nicht mehr zeitgemäß.

Diese gerechte Verteilung der Kosten, der Lasten ... wird hoffentlich eine Debatte in den nächsten Wahlen. Und sie führt letzlich zur Frage, wie wir morgen leben wollen. Die Diskussion ist eröffnet.

Kongress 2008: ein voller Erfolg

Besonders zahlreiche MitgliederInnen nahmen am Kongress 2008 des Mouvement Ecologique teil, der viele aktuelle Themen im Bereich «nachhaltige Entwicklung» behandelte. Auf den Seiten 4,5 und 6 des vorliegenden Infos finden Sie einen kurzen Bericht, ebenso wie immer auf der Homepage www.oeko.lu.

Für umwelt- und sozialgerechte Wasserpreise: im Interesse einer nachhaltigen Wasserwirtschaft

Die zukünftigen Wasserpreise werden sich aus zwei Hauptelementen zusammensetzen: den kommunalen Taxen («redevances»), welche die Infrastrukturkosten für das Trink- und Abwasser beinhalten, sowie zwei staatlichen Abgaben: der «taxe de prélèvement», abhängig von der Ressourcennutzung von Grund- und Oberflächenwasser sowie der «taxe de rejet», abhängig vom Verschmutzungsgrad des Abwassers. Die Gemeinden werden demnach nach wie vor - aufgrund des Subsidiaritätsprinzips - eine bedeutungsvolle Aufgabe bei der Preisgestaltung übernehmen.
Der Staat ist jedoch gegenüber der EU in der Verantwortung, damit die Vorgaben der Wasserrahmenrichtlinie respektiert werden (u.a. das Verursacherprinzip), insofern soll er im vorliegenden Gesetz eine ausreichende Rechtsbasis schaffen, die den Gemeinden zwar die erforderlichen Spielräume einräumt, jedoch gleichzeitig die Einhaltung der EU-Vorgaben gewährleistet. Dies bedeutet im Klartext: Es müssen feste Kalkulationsprinzipien und Maßstäbe mit allgemeinen Mindestnormen festgeschrieben werden, so u.a. folgende: Leistungen im öffentlichen Interesse nicht auf private Akteure abwälzen - getrennte Berechnungen für Schmutz- und Niederschlagswasser - keine Subventionen bzw. falsche Bewertungs- und Kalkulationsmaßstäbe zur Festlegung des Preises ...

Ebenso sollten die Verfahren und die Bewertungsansätze festgelegt werden, nach denen Betriebs- und Unterhaltskosten, Umwelt- und Ressourcenkosten ... veranschlagt werden. Dazu sollten bereits innerhalb des Gesetzesentwurfs Prinzipien bzw. Mindestnormen formuliert werden.

Für recht intensive Debatten sorgen derzeit einzelne Elemente des Gesetzesentwurfs zur Umsetzung der EU-Wasserrahmenrichtlinie, vor allem in der dafür zuständigen Kommission der Abgeordnetenkammer. Zentrales Element der Debatte ist die Preisgestaltung. Derzeitige Mängel in der Wasserwirtschaft sollen mittels der Einführung eines kostendeckenden Wasserpreises behoben werden, mit u.a. den Zielen den Wasserschutz zu optimieren und das Verursacherprinzip zu respektieren.

Auch wenn die Preisfrage nur ein Teilsegment dieses wichtigen Gesetzes ist, so kommt ihr doch eine herausragende Bedeutung zu, u.a. im Hinblick auf eine generelle nachhaltige Gestaltung des Abgaben- und Steuersystems. Der Mouvement Ecologique hat deshalb zu «grundlegenden Aspekten der nationalen Umsetzung der europäischen Wasserrahmenrichtlinie, insbesondere zur Erhebung kostendeckender Wasserpreise» eine Kurzstellungnahme bei Dieter Ewringmann des Finanzwissenschaftlichen Forschungsinstitutes an der Universität zu Köln in Auftrag gegeben.

Aus dieser Stellungnahme zieht der Mouvement Ecologique u.a. folgende Schlußfolgerungen:

1. Kostenwahrheit in der Preisgestaltung im Interesse eines rationellen und zukunftsorientierten Umgangs mit dem Wasser einführen

Die anstehende Erhöhung des Wasserpreises ist aufgrund folgender drei Überlegungen unumgänglich: Erstens sollen die Wasserpreise die reelle Kosten-Situation widerspiegeln, staatliche Subventionen sind in der bisherigen allgemeinen Form zur Senkung des Wasserpreises nicht mehr möglich; zweitens sollen externe Kosten (Ressourcenverbrauch u.a.m.) in den Preis integriert werden und drittens soll der Wasserpreis die Finanzierung der Infrastrukturen sichern und somit Gelder für wirksamere Kläranlagen und bessere Netze zur Verfügung stellen.

Der Mouvement Ecologique begrüßt ausdrücklich, dass aufgrund dieser EU-Vorgaben eine Kostenwahrheit in der Preisgestaltung eingeführt werden soll. Ein reeller Preis ist in der Tat eine zentrale Grundvoraussetzung für einen rationellen Umgang mit dem schützenswerten Gut Wasser. Er erlaubt des Weiteren die erforderlichen Investitionen zu tätigen und stellt einen wünschenswerten Anreiz- und Lenkungseffekt dar, um u.a. der Vergeudung von Wasser entgegen zu wirken. Es stellt sich natürlich die Frage, wie diese (Mehr-)Kosten verteilt werden sollen.

2. Rechtlichen Rahmen für konsequente Nutzung des kommunalen Spielraumes schaffen!

Es versteht sich von selbst, dass Staat und Gemeinden als Nutzer ebenfalls kostendeckende Wasserpreise zahlen müssen, d.h. Leistungen im sog. «öffentlichen Interesse» müssen von Staat / Gemeinden übernommen werden. Der Wasserverbrauch öffentlicher Gebäude; in die Kläranlagen eingebrachtes Niederschlagswasser von öffentlichen Plätzen, Straßen müssen - so wie noch andere anfallende Leistungen im öffentlichen Interesse - mengenmäßig erfasst und anfallende Kosten von der öffentlichen Hand übernommen werden. Diese Kosten dürfen nicht auf die privaten Akteure - seien es Haushalte, Betriebe o.ä. - übertragen werden.

3. Berücksichtigung der Kostenwahrheit führt zu unterschiedlichen Preisen je nach Gemeinde / Region

Es wird also, und so sieht es auch die EU-Direktive vor, entsprechend weiterhin örtlich verschiedene Preise geben (aufgrund eines unterschiedlichen Nachholbedarfs im Bereich der Preisgestaltung, unterschiedlicher anfallender Kosten...). Dabei ist aber nicht unbedingt a priori davon auszugehen, dass ländliche Gemeinden (z.B. aufgrund einer geringeren Einwohnerzahl im Verhältnis zum Grundnetz) höhere Grundkosten haben werden. Infrastrukturen z.B., die weniger beansprucht werden (was im ländlichen Raum eher der Fall ist), sind so z.B. langlebiger. Es gibt auch in anderen Bereichen aufgrund kommunaler und regionaler Gegebenheiten Preisdifferenzen (Baupreise, generelle Infrastrukturkosten ...), wobei bis dato nicht nachgewiesen wurde, dass dies beim Wasserpreis ebenfalls auch tatsächlich in diesem Ausmaß der Fall sein wird. Wollte man eine reelle Preiswahrheit auf der Grundlage der EU-Vorgaben erreichen, so sind unterschiedliche Wasserpreise demnach nicht zu umgehen; es sei denn man wollte alle Gemeinden zu einem einzigen nationalen Wasserwirtschaftsverband zusammen fassen...

4. (Sozial)gerechte Wasserpreise für Haushalte und Betriebe

Stellt sich aber die Frage der Auswirkungen der Preiserhöhungen aus sozialer Sicht bzw. aus der Sicht von diversen betroffenen Berufsgruppen (z.B. Landwirte).

- Sollen die Preise generell künstlich niedrig gehalten werden, damit die Erhöhungen bestimmte Gruppen weniger belasten? Abgesehen davon, dass die EU dies kaum zulassen würde, ist der Mouvement Ecologique der Überzeugung, dass generell künstlich niedrig gehaltene Preise widersinnig sind. Ein generelles «Preisdumping» führt nämlich u.a. dazu, dass auch einkommensstarke Haushalte, welche durchaus die reellen Preise zahlen könnten und sollten, nicht die reellen Preise zahlen. Eine weitere staatliche «Subventionierung» finanzstärkerer Gruppen (mit ggf. auch noch einem hohen Wasserverbrauch) ist nicht angebracht. Grundsätzlich gilt es, reelle Preise einzuführen und sehr spezifisch einzelnen Nutzergruppen Nachlässe zu gewähren. Die staatlicherseits entsprechend «eingesparten» bzw. «eingenommenen» Gelder können für sonstige staatliche Aufgaben verwendet werden. D.h. : keine pauschale Niedrighaltung des Wasserpreises, sondern Reduktionen für sehr spezifische und begrenzte Nutzergruppen.

- Stellt sich die Frage, wie der **Ausgleich für bestimmte Bevölkerungskreise** erfolgen kann. Von einer gewissen Bedeutung hierbei ist das Indexierungssystem. Gemäß Tripartite-Beschluss soll dieser Aspekt folgendermassen geregelt werden: die staatlichen Abgaben sollen (so wie der Beschluss derzeit auch von der zuständigen Kommission der Abgeordnetenkammer interpretiert wird) indexneutralisiert werden, die kommunalen Taxen jedoch nicht. Fakt ist dabei: Es werden vor allem die kommunalen Taxen sein, die ansteigen werden - die staatlichen Abgaben werden nur einen recht geringen Anteil des Wasserpreises ausmachen. Der größte Anteil des Wasserpreises (und der anstehenden Preiserhöhung) soll sich deshalb gemäss offiziellem Beschluss weiterhin im Index widerspiegeln, so dass auf diese Weise automatisch eine gewisse Sozialkompensation erfolgt. Darüber hinaus ist aber nach wie vor die Möglichkeit gegeben, ähnlich wie z.B. bei der Heizungszulage, dass die Gemeinden einzelnen einkommensschwachen Nutzern gezielt entgegenkommen (z.B. im Rahmen einer Rückerstattung der Rechnung oder aber einer gewährten Reduktion auf der Rechnung). Diese nutzerspezifische Entlastung kann durchaus sinnvoll sein, da sie sehr gezielt erfolgt – im Gegensatz zu einer möglichen Variante von generell niedrigen Wasserpreisen. Stellt sich die Frage, ob angesichts der Tatsache, dass die staatlichen Abgaben recht niedrig ausfallen werden, der Aufwand der Indexneutralisierung überhaupt lohnt.

- Eine andere Frage ist, ob es eine spezifische Vorgehensweise bei diversen Berufsgruppen geben soll, z.B. bei landwirtschaftlichen Anwesen. Eine eindeutige Antwort kann hier erst gegeben werden, wenn genaue Preis-Berechnungen vorliegen, was derzeit noch nicht der Fall ist. Offene Fragen sind u.a.: Inwiefern erfolgt eine eigene Nutzung von Grund- und Brunnenwasser oder aber eine Nutzung von Oberflächenwasser? In welchem Ausmaß erfolgt die Nutzung zu welchem Zweck? Erst nachdem Berechnungen anhand von konkreten Kategorien von Fallbeispielen auf dem Tisch liegen, sollte über Sondertarife diskutiert werden.

- Gleiches gilt für andere wirtschaftliche Betriebe. Grundsätzlich sollten auch hier die korrekten Wasserpreise zur Geltung kommen. Denn Fakt ist: erhöhte Wasserpreise führen nicht zu einer Wettbewerbsverzerrung, da innerhalb der EU alle Länder diese Preiswahrheit einführen müssen. Sonderregelungen werden auch seitens der EU wohl nur sehr selektiv zugelassen werden. Außerdem: «Großkunden» werden sicherlich über die Preiserhöhungen angehalten, sparsam mit dem Wasser umzugehen. Dennoch werden die Preise bei steigendem Verbrauch relativ sinken («Degressivität» aufgrund der verursachergerechten Berechnung, da die Fixkosten bei höherem Verbrauch in der Relation geringer sind), so dass hier bereits eine gewisse «Entlastung» erfolgt. Evtl. Sonderregelungen dürften entsprechend erst in einer späteren Phase unter Berücksichtigung der jeweiligen Wettbewerbssituation erfolgen, und nachdem alle Gebühren berechnet wurden.

Darüber hinaus ist aber folgendes erwähnenswert: über die Erhöhung der Wasserpreise sollen ja auch seitens der Gemeinden Rücklagen für zukünftige Instandsetzungen an den Infrastrukturen erfolgen können. Es ist wichtig, dass tatsächlich gewährleistet wird, dass die Gemeinden dieser Verantwortung gerecht werden und Gelder tatsächlich für derartige Investitionen nutzen.

5. Auf nationaler Ebene Ausgleichszahlungen unter bestimmten Voraussetzungen in Trinkwasserschutzgebieten gewährleisten

Im Zuge der Ausweisung von Trinkwasser-Schutzgebieten bzw. -zonen stellt sich die Frage der Ausgleichszahlungen für Eigentümer und Bewirtschafter. Was fällt unter öffentliches Interesse? Was wird als zusätzliche Auflage verstanden? Auf jeden Fall sollten die Möglichkeiten, welche u.a. das Agrargesetz („Verordnung über die Förderung der Entwicklung des ländlichen Raums") bietet, genutzt werden. So kann Landwirten zum Ausgleich von Kosten und Einkommensverlusten, die ihnen in dem betreffenden Gebiet durch die Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie entstehen können, unter gewissen Voraussetzungen bzw. Auflagen jährlich je Hektar genutzter Fläche eine Beihilfe gewährt werden.

Was nun die Finanzierung von Maßnahmen zum Quellschutz betrifft, die eine Gemeinde treffen muss, die aber für mehrere Gemeinden von Nutzen ist, so stellt sie eine typische Form des öffentlichen Interesses dar. Insofern sollten sie über die staatlichen „taxes" geregelt werden.

Schlußfolgernd sei festgehalten, dass die Vorgehensweise im Bereich der Wasserpreisgestaltung insofern als zukunftsweisend gilt, da sie ein Element einer nachhaltigen Steuerreform darstellt. Man sollte jedoch ob der ganzen Zahlen nicht das eigentliche Ziel aus den Augen verlieren: eine gute Qualität des Wassers unserer Bäche und Flüsse, eine gute Trinkwasserqualität sowie eine langfristig gesicherte Versorgung!

Die Studie von Dr. Ewringmann kann unter www.oeko.lu heruntergeladen werden oder aber von Mitgliedern gratis bestellt werden (Tel. 439030-1, meco@oeko.lu). Die Schlussfolgerungen aus der Studie von Dr. Ewringmann sind:

1. Die Wasser-Rahmenrichtlinie zwingt zu verursachergerechten und kostendeckenden Wasserpreisen.

2. Solche Wasserpreise lassen sich nur auf der Basis einer leistungsbezogenen Kostenrechnung feststellen.

3. Die Prinzipien für diese Kostenrechnung und für die Kostenverteilung sind staatlicherseits für die Gemeinden vorzugeben.

4. Dabei sollten Regeln für die kalkulatorischen Kosten, für die Bemessung des öfftl. Interesses und Mindestnormen für die Gebührentarifstruktur (Wasser, Schmutzwasser, Regenwasser – Grund- und Nutzungsgebühr) erlassen werden.

5. Ein landeseinheitlicher Wasserpreis ist nicht zu erwarten und nicht Ziel der neuen Struktur.

6. Bei der differenzierten Tarifstruktur werden sich die Kosten völlig anders verteilen als bisher beim Frischwassermaßstab.

7. Bei den neuen Regelungen kann die Verwaltungskapazität der Gemeinden berücksichtigt werden – Transaktionskosten!

8. Gemeinden können und sollen in Höhe des festgestellten Öffentl. Interesses staatliche Zuschüsse bekommen und/oder eigene Haushaltsmittel einsetzen.

9. Darüber hinaus gehende Subventionen für die Wasser- und Abwasserinfrastruktur dürfen die Gebühren nicht senken. Die Mittel müssen also in die Kapitalkosten eingerechnet werden.

10. In Gemeinden ohne hinreichende Kläranlagenkapazität kann eine staatliche Vorfinanzierung die Anpassung and die neuen Regeln erleichtern.

11. Für Ertragsausfälle von Landwirten in Wasserschutzgebieten können Ausgleichszahlungen geleistet werden – am besten aus den Mitteln des Landwirtschaftsbudgets.

12. Wegen Unkenntnis der Mengen- und Verteilungseffekte ist gegenwärtig eine vernünftige und problemgerechte Regelung für potenzielle Sozialkompensationen überhaupt noch nicht konstruierbar. Dasselbe gilt für betriebliche Sonderregelungen der Industrie und Landwirtschaft

13. Wenn kommunale Wasserpreise und Abwassergebühren im Index verbleiben, sind wahrscheinlich überhaupt keine Zusatz- Regelungen für Einkommensschwache erforderlich.

14. Die in jedem Fall zu neutralisierenden neuen Taxen für Abwasser und Wasserentnahme rufen nur marginale Zusatzlasten hervor.

15. Wenn aufgrund hoher Preissteigerungen und Indexneutralisierung Kompensationen für erforderlich gehalten werden, sollte dies über eine Subjektförderung auf Gemeindeebene erfolgen.

Ideen konkret umsetzen!

Von den Ideen zur konkreten Umsetzung
Vernetztes Denken fördern, Wirtschaft und Ökologie miteinander verbinden, Ideen für eine zukunfts-weisende Mobilität unterstützen, Umweltbildung, nachhaltige Siedlungspolitik: Mit Ihrer Spende unterstützen Sie wichtige Pilotprojekte!

Für mehr Lebensqualität
Die Stiftung Öko-Fonds ist eng mit dem "OekoZenter Lëtzebuerg" und dem Mouvement Ecologique verbunden und unterstützt vor allem Projekte dieser beiden Vereinigungen. So kann die Stiftung Öko-Fonds das Spendenaufkommen optimal einsetzen im Hinblick auf einen gesellschaftlichen Fortschritt unter Berücksichtigung von nachhaltigen Kriterien und gleichzeitiger Steigerung der Lebensqualität.

Projekte im Bereich "Wasser" sind ebenfalls auf Spenden angewiesen. Unterstützten auch Sie unsere Arbeit mittels Einzelspende oder Dauerauftrag mit dem Vermerk "Wasser".

Auch bei Geburten, Geburtstagen, Hochzeit oder Todesfall bietet sich Ihnen die Möglichkeit Spenden an die Stiftung Öko-Fonds zu übermitteln. Für weitere Informationen können Sie uns gerne kontaktieren:
Tel.: 43 90 30 - 50 / oekofonds@oeko.lu / www.oeko.lu.

Spenden an die Stiftung Öko-Fonds sind steuerlich absetzbar.
Unsere Konten: CCPL: LU96 1111 0734 1886 0000 BCEE: LU31 0019 1100 4403 9000

Öko-Fonds. Am Déngscht vu Mënsch an Ëmwelt. www.oeko.lu

ÖKO FONDS

Auszüge aus der Rede von Blanche Weber, Präsidentin

Wann een déi lescht Woche Revue passéiere léisst, dann ass een heiansdo schonn e bësselchen iwwerrascht, wat zu Lëtzebuerg esou richteg en Thema vun der ëffentlecher Debatt gëtt, a wat net. Do hunn zum Deel nawell, fir et dezent ze soen, keck Themen dominéiert. Nieft dem Thema Bommeleeër huet während Woche scheinbar déi dach bescheide Reform vun der Autosteier eist Ländchen an Otem gehalen. Definitiv ass eis kleng Welt awer gesprengt ginn, wéi elo déi Panneauen an der Stad koumen. Also: ob ee se schéi fënnt oder net, ob een d'Démarche richteg fënnt oder net an ob d'Stad 1 Millioun Euro hätt kënne mei eraushandelen oder net ... war dat - wann ee kuckt wéivill iwwer t aner wichteg Froe geschwat gëtt - awer wierklech déi x Wuertmeldunge vu Parteie, Face–à-Facen, Dossieren an de Medie wäert ... wéi wann et awer elo wierklech de brisantesten a wichtegsten Thema fir d'Zukunft vu Lëtzebuerg wier? Et ass och méi iwwert d'Panneauxen wéi iwwert d'Reform vum Denkmolschutzgesetz oder der Fro vun der Mobilitéit geschwat ginn ...

Mech erféiert et heiansdo, wéi eng Dossiere mat Passioun an Ausdauer an eisem Land diskutéiert ginn a wéi eng net. Wann ech perséinlech eng Grondfro ze stellen hätt, déi zentral ass fir eist Land, dann ass et déi, wéi mir nach Wuelstand a Liewesqualitéit definéiere wëllen a wéi solidaresch mir och an der heiteger Welt an eise Länner selwer, ma och tëscht Nord a Süd a par rapport zu den nächste Generatioune wëlle sinn. A wéi mir eist Land au vu vun den Äntwerten op des Froe wëlle weiderentwéckelen. Vu grousser Bedeitung ass an deem Kontext déi sougenannte Lissabon-Strategie. Do geet eis Regierung dervun aus, datt d´Bruttosozialprodukt vu Lëtzebuerg bis 2030 all Joer ëm mindestens 4% soll uwuessen. 4% während méi wéi 20 Joer, ma dat heescht - well dat jo exponentiell geet - datt eist Bruttosozialprodukt 2030 dat duebelt wäert sinn vun haut! Dat duebelt!

Ok, verschidde Forme vu Wuesstem sinn och aus der Siicht vun engem Mouvement Ecologique positiv. Wa mer Firmen am ëmwelttechnologesche Beräich op Lëtzebuerg kriten, géinge mir dat begréissen. Wann de Biolandbau an den Ubau vu Liewesmëttelen an eisem Land géing zouhuelen, virun allem de Geméisubau, wier dat positiv. Wa méi Beroder géingen agestallt ginn, z.B. a punkto Energiespueren, géinge mir och dat begréissen. A mir wäerten eis fir dës Entwécklung engagéieren.

Ma maache mir eis näischt fir: déi 100% Zounam vum Wuesstem an 20 Joer kommen net nëmmen duerch nei Investissementer an dësem Beräich. Neen, et geet do och ëm quantitative Wuesstem, wou onweigerlech Interessekonflikter dermatt verbonne sinn. Ech well keng blann Kritik um Wuesstemsgedanke maachen, ma awer e puer Grondfroen an deem Kontext stellen:

Éischtens: Brauchen a wëlle mir dee Wuesstem an deem Ausmooss? Si mir da wierklech méi glécklech? Definéiere mir esou Liewesqualitéit a Wuelstand? Wëlle mer elo alleguer nach een Auto méi an der Garage stoen hunn? Neen, mir sinn als Mouvement Ecologique der Meenung, datt et aner Wäerter gëtt, déi méi wichteg sinn. All psychologesch a soziologesch Fuerschunge weisen, datt - vun engem gewësse Liewesstandard un - méi materiell Gidder ons net méi glécklech a frou maachen. Firwat menge mir dann, déi Erhéijung vum Bruttosozialprodukt wier de Repère derfir, wéi gutt et an eisem Land geet? Firwat gi mer eis net aner Ziler a schaffe mat aneren Indicateuren / Miessinstrumenter vu Liewesqualitéit, déi unerkanntermoosse vill méi wichteg si fir d'Zefriddenheet vun enger Gesellschaft? Z.B. no bei der Aarbecht wunne kënnen, Noerhuelungsraim oder Versuergungsinfrastrukturen fir den Alldag bei senger Wunnéng ze hunn, Zäit hunn, Frënn ... alles dat sinn Aspekter, déi laut alle wëssenschaftlechen Erkenntnisser eist Gléck wierklech erhéijen.

Zweetens: Eng weider zentral Fro ass: wéi verdeele mer Räichtem a Wuesstem? Well ville Leit zu Lëtzebuerg geet et net gutt an eng ganz Rei Leit brauchen effektiv méi materielle Räichtem. Ma da kommt, mir schwätzen doriwwer!! Mir stellen d'Fro vun der Schéier déi tëscht Aarm a Räich ëmmer méi grouss gëtt. Ma mir soe grad och doméinst als Mouvement Ecologique ganz haart, datt et ville vun eis ganz gutt geet, an datt déi kaum méi materiell Gidder brauchen. An da sti mer och derzou, datt beim Waasserpräis, de Benzinspräisser, den Energiepräisser dem sougenannte Verursaacherprinzip Rechnung gedroe muss ginn. De Staat an d'Gemenge sollen net bei eis all "bäileeën", fir datt d'Präisser kënschtlech niddreg sinn, ma reell Präisser froen, dat nennt ee Käschtewourecht an hëlleft eist Ëmweltverhale positiv beaflossen. Leit déi manner verdénge sollen eng Kompensatioun kréien, ma mir net all. Dat vun ëffentlecher Hand "agespuertent" Geld kann da wierklech fir sozial Zwecker genotzt ginn. Präiswourecht kann a soll och en Instrument fir méi sozial Gerechtegkeet sinn. Dat war iwwregens och déi Haaptthes déi mir an den Dr. Ewringmann am Wunnéngsbau vertrueden haten: Leit, déi sech grouss Haiser leeschte kënnen, sollen net an deem Ausmooss vum Staat gehollef kréien. Dat Geld gëtt fir sozial Schwaacher, fir aner Akzenter am Budget gebraucht. Mir mussen als Mouvement nach méi den Dialog mat Gewerkschaften, soziale Vereenegunge sichen, fir dës Fro ze thematiséieren.

Drëttens: Déi politesch Grondfro ass awer och folgend: wëlle mir och all déi Nodeeler vun 100% méi Wuesstem a Kaf huelen? Wëlle mir d'Folgekäschten droen? A geet dat iwwerhaapt? Verduebelung vum Wuesstem, ma 20, 30 oder 50% manner CO2-Emissiounen? 100% méi Wuesstem, an awer manner Landverbrauch? 100% Wuesstem, ouni onméisseg Zerschneidung vun eise gréngen Ceinturen a Noerhuelungsgebitter? *(.... Text weider Seit 5)*

Kongress 2008 – D'Philosophie lieweg, kritesch

Zum diesjährigen Kongress hatten sich am 15. März im „Ale Convict" in Luxemburg besonders zahlreiche Mitglieder eingefunden - so dass eine sehr positive Stimmung herrschte. Der Kongress spiegelte die Grundeinstellungen und die Dynamik des Mouvement Ecologique wieder. Er ist auch jedes Jahr ein Forum, der in der Öffentlichkeit und der Presse eng verfolgt wird und als Gradmesser für die Mitglieder-Stärke der Organisation angesehen wird. Deshalb einen herzlichen Dank an alle, die sich einen Samstag-Nachmittag Zeit für den Mouvement Ecologique genommen haben!

Nicht nur wegen der weit über150 Besucher war der Kongress ein Erfolg; ein beachtlicher Aktivitätsbericht sowie eine bewegte Diskussion, angeregt durch die Rede von Blanche Weber und die Thematik der gestellten Anträge, bestätigten Engagement und Interesse der Mitglieder. Eine Pause in sympathischer Atmosphäre leitete zum zweiten Teil des Kongresses über, einem Rundtischgespräch zum Thema "Wéi eng Mobilitéit fir muer?" Nach aufschlußreichen Stellungnahmen der Politiker am Tisch kam es zu vielen Wortmeldungen im Publikum. Das Thema Mobilität und die damit verbundenen Streitpunkte wie Tram, Peripheriebahnhöfe und geplante Umgehungsstraßen, bietet jede Menge Diskussionsstoff, so dass eine weitere Diskussionsrunde in wenigen bereits Monaten angedacht ist.

Sicherlich ist die Generalversammlung ein wichtiger Moment für eine Organisation. Allerdings organisiert der „Mouvement" übers Jahr zahlreiche Foren und Diskussionsrunden, in denen sich jedes Mitglied einbringen und mitdiskutieren kann ...
An dieser Stelle, so wie es auch statutarisch vorgesehen ist, ein kurzer Bericht über den Kongress.

Den detaillierteren Bericht finden Sie auf der Homepage www.oeko.lu

Vor einem vollen Saal **begrüßte** als erster Redner Emile Espen, Präsident der Regionale Stadt Luxemburg, die Teilnehmer. Er hob hervor, dass sich in der Stadt Luxemburg so manches tun würde, vor allem auf der Ebene der Mobilität. Der Mouvement Ecologique würde jedoch bedauern, dass die Planung der Stadtbahn nach aussen wenig transparent verlaufen würde. Die Regionale würde auf jeden Fall die Entwicklungen in der Hauptstadt weiterhin konstruktiv verfolgen.

Es war dann Blanche Weber, die in ihrer **politischen Rede** vor allem auf die Notwendigkeit einging, dass sich unser Land verstärkt grundsätzlicheren Fragen der Entwicklung des Landes stellen müsse. Dies sowohl auf ökonomischer, ökologischer als auch auf sozialer Ebene.

Als nächster Punkt der Tagesordnung wurde wie vorgesehen die **Tätigkeitsberichte** von Mouvement Ecologique, OekoZenter Lëtzebuerg, „Klimabündnis Lëtzebuerg" und der Stiftung Oeko-Fonds dargelegt.

Emile Espen, Tresorier, oblag es die Konten 2007 darzulegen, zu denen ein positives Gutachten der Kassenrevisoren André Gilbertz und Patrick Loewen vorlag. Beide Kassenrevisoren nahmen ebenfalls an der Generalversammlung teil und

vum Mouvement Ecologique: an engagéiert!

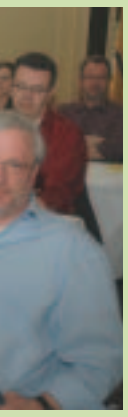
bestätigten eine gute Finanzgestion. Ebenfalls vorgeschlagen wurde ein Budgetentwurf 2008. **Konten 2007 und Budgetentwurf 2008** wurden von der Generalversammlung "par acclamation" gutgeheissen. Beide Kassenrevisoren stellten erneut ihre Kandidatur, eine neue Kandidatur lag nicht vor. Daraufhin wurden die beiden Kassenrevisoren von der Generalversammlung "par acclamation" in ihrem Amt bestätigt.

Anschließend fand eine **allgemeine Diskussion** statt. Hierbei wurden vor allem die Themen des Denkmalschutzes, des Wohnungsbaus wie auch des Wachstums aufgegriffen. Nach einem regen Austausch erteilt die Generalversammlung dem Verwaltungsrat die Entlastung, dies "par acclamation".

Als nächster Punkt wurde der neue **Verwaltungsrat 2008** gewählt. Blanche Weber dankte Paul Ruppert sowie François Hengen, die keine erneute Kandidatur stellten, für ihre langjährige Arbeit im Verwaltungsrat. Nicht austretend und ihre Kandidatur erneut stellend waren: Emile Espen, Roland Felten, Gérard Kieffer, Jeannot Muller, Paul Polfer, Roger Schauls, Serge Goffinet, Ingo Schandeler. Austretend aus dem Verwaltungsrat waren und ihre Kandidatur erneut stellend waren: Théid Faber, Tom Gallé, Nathalie Schmit, Marc Schoellen, Laure Simon, René Wampach, Blanche Weber. Es lagen keine weiteren Kandidaturen vor, weitere Kandidaturen aus dem Saal erfolgten nicht. Da 15 Kandidaturen vorlagen und maximal 17 Mitglieder im Verwaltungsrat statutarisch zulässig sind und keine Gegenstimme auf der Generalversammlung zu dieser Besetzung vorlag, fand eine Wahl "par acclamation" statt. Der neue Verwaltungsrat 2008 wurde somit einstimmig gewählt.
Vom Verwaltungsrat waren **2 Motionsentwürfe** vorgelegt worden. Ein Entwurf zum Thema „Nachhaltige Steuerreform" und ein Motionsentwurf zum Thema „Energieberatung". Beide Entwürfe wurden von Blanche Weber vorgestellt und jeweils einstimmig von den Anwesenden angenommen. Nachdem der statutarische Teil der Generalversammlung abgeschlossen war, fand eine kurze Pause statt.

Der zweite Teil des Kongresses war der Mobilität gewidmet. Blanche Weber leitete die Sitzung.
An einem **Rundtischgespräch** nahmen die Herren C. Wiseler, Bautenminister; L. Lux, Transportminister; P. Helminger, Bürgermeister sowie F. Braz, Schöffe teil. Théid Faber sowie François Hengen führten in das Rundtischgespräch ein, das sehr interessant und anregend war.

Gegen 18.30 wurde die Sitzung beendet, Blanche Weber lud die Anwesenden zu einem "Eirewäin /-jus" ein.



.....
Oder, wann de Flughafe weider ongebremst géing wuessen: wëlle mer wierklech esou wäit kommen, datt wéinst dem Kaméidi grouss Deeler vun der Stad oder de Nopeschgemengen net méi däerfte bebaut ginn, d'Leit vun haut am Kaméidi wunnen ... oder wëlle mir déi international Kaméidistandarden ausser Kraaft setzen?
An och: ass et gerecht, wa grad mir all dee Wuesstem accumuléieren, d'Ressource verbrauchen, wou aner Länner vun der Welt et vill méi noutwendeg bräichten? Wéi och gesi mer eng gerecht Verdeelung an der Groussregioun?
Ech wëll elo hei keng blann Wuesstemskritik maachen, ma ech hunn déi dräi Punkten vu "Wéi definéiere mir Liewesqualitéit? Wéi eng Sozialgerechtegkeet? A wéi gi mir mat de Folgen ëm?" opgeworf fir ze weisen, datt mir eis wierklech eng Kéier mussen zréckleeën an eis Froen iwwert déi grondsätzlech Entwécklung vun eisem Land stellen. Wuer soll eist Land histeieren?

An awer och wéi stelle mir eis der Entwécklung vun eisem Land? E puer Beispiller:

Mobilitéit: D'Fro ass letztlech nach net ausgestane, wéi eng Mobilitéit mir an eisem Land wëllen. Eis geet et als Mouvement Ecologique absolut net séier genuch mat de Planungen a virun allem de Realiséierungen am Beräich ëffentlechen Transport. Mir hate geduecht, déi éischt Schinn vum Tram géing nach dës Legislaturperiod leien. Dat wäert wuel net méi de Fall sinn, am beschte Fall kréie mer erëm e Gesetzesprojet. Mat groussem Befriemen héiere mer och, datt de Bauteminister nach ëmmer vun neie Stroosse schwätzt... Mir gesinn och net wierklech, datt et eng Strategie gëtt, wéi mir den ëffentlechen Transport fir d'Grenzgänger drastesch verbesseren. Mir gesinn awer och Elementer vun engem positiven Ëmdenken, e.a. an der Stad Lëtzebuerg, wat mer begréissen. Mir erwaarden eis, och an de Wahlen, kloer Aussoe vun de politesche Parteien, datt si zu enger anerer Mobilitéit stinn!

Siedlungsentwécklung: D´Zersiedlung vum Land ass net gestoppt ginn an et fehlt nach ëmmer un enger wierklech méi déifgräifender Debatt, wéi a wou mir mar wëlle wunnen, virun allem och wann eis Bevölkerungszuel uwuesse wäert. Mir soten et schonn esou oft: viru Joeren gouf et e Budgetposte beim Innenministère, wou modellhaft Siedlunge am flächespuerende Baue sollte priméiert ginn. Dee Posten ass ersatzlos gestrach ginn, well näischt geschitt ass. De contraire wier noutwendeg!

Naturschutz: Wann een dëser Deeg duerch d'Landschaft fiert, dann huet een den Androck, wéi wann op verschiddene Plazen awer erëm elle geseet gi wäer. Am Naturschutz bewegt sech Verschiddenes beim Ëmweltministère, wat mer begréissen, och wa muenches ze maache bleift. Ma wou ass de Landwirtschaftsminister? Fir hien ass Naturschutz scheinbar nach e Friemwuert. D'Iddi vun Naturschutzorganisatiounen a -syndikater fir Landwirtschaft a Naturschutz méi no ze brëngen am Kader e.a. vun der Landschaftspflegeprämie, gëtt nemme begrenzt vum him opgegraff. Musse mer do zu Bréissel gemeinsam mat der Lëtzebuerger Natur- a Vulleschutzliga eis Rechter akloen? Och dat Wuert Biolandbau hëlt de Minister net gären an de Mond ...

Klima: Elo fänkt Letzebuerg erëm un, de Berechnungsmodus vun der neier EU-Strategie a Fro ze stellen, obwuel e fir Lëtzebuerg vill mei gënschteg ass, wéi nach den "ale Kyotoberechnungsmodus". (...) Ma datt Lëtzebuerg och ouni Tanktourismus e Land mat enger vun den hëchsten CO2-Emissiounen pro Kapp ass, gëtt awer manner gesot. Datt och Chancen dermatt verbonne sinn, och fir den Aarbechtsmaart, gëtt net genuch erausgestrach! Kommt mer rappen endlech un! Mir hu keng Loscht méi op Zuelefeilscherei , a mir wellen och aner Ministeren héieren, déi sech zum Klimaschutz bekënnen, wéi "nëmmen" den Ëmweltminister.

Grad hunn ech an enger Wochenzeitung eng Art Homestory vun eisem Finanzminister gelies. En Zitat aus dem Artikel wou beschriwwe gëtt, datt de Luc Frieden a sengem Auto Radio lauschtert an do wier ze héieren: *"Die Sprecherin einer Naturschutzorganisation kritisiert die Umweltpolitik der Regierung: ‚Juncker und Frieden müssen Farbe bekennen'. Der Minister hebt kommentarlos die Augenbrauen"*. Also, och wann de Mouvement keng Naturschutz- ma eng Ëmweltorganisatioun ass, mengen ech, datt mir domatt gemengt sinn. Well mir haten an enger Pressekonferenz gesot et wier net normal, datt de Budgets- an de Finanzminister sech net géingen zur Fro vun enger nohalteger Steierreform äusseren. Fir déi Ausso an der Zeitung muss sech net de Mouvement Ecologique genéieren, ma den Här Frieden. Mir bleiwen derbäi: dei Aart a Weis wéi des Regierung sech net genuch als Kollektiv ëm Zukunftsfroen am nohaltege Beräich këmmert, ass e grousse Problem a gereecht hir net zur Éier. Duerch dei vill Interventioune vun engem Ëmweltminister entsteet vläicht den Androck, datt sech méi géing doe wéi et wierklech de Fall ass. Här Frieden, mir mengen, datt sech déi nächst Generatioune froe wäerten, firwat eis Generatioun net probéiert huet eng Verlagerung vun de Steieren ze maachen: Sozialleeschtungen manner besteieren – den Ëmwelt- a Ressourceverbrauch méi. Här Frieden, firwat stellt Dir Iech do daf? Firwat iwwerhuelt Dir net Är Responsabilitéit?

Allerdéngs muss ee sech als Mouvement Ecologique vläicht selbstkritesch d'Fro stellen, wéi mir wëlle weider virgoen. Augenscheinlech ass e Meco zwar e wichtegen Akteur an eisem Land, ma grad esou kloer musse mir nach méi erreechen wat d'Thematiséierung vun der nohalteger Entwécklung betrëfft. Vläicht musse mer nach méi och d'Chancen ernimmen: fir d'Liewesqualitéit, sécher Aarbechtsplaze, gesond Liewesmëttelen, lieweswäert Gemengen, zukunftsweisend Energie- a Mobilitéitsformen a villes méi.

A knapp 15 Méint sti Nationalwahlen un. Mir wëllen, och fir nach méi Leit anzebannen, déi sech positiverweis wëlle bei eis engagéieren, Foren an Aarbechtsgruppe maachen, wou mir iwwert eis Fuerderungen an Iddien an de verschiddene Beräicher schwätzen. Mir wëllen eis och nach méi offensiv der Fro stellen, wéi een Ekologie a Soziales ka matenee verbannen.

A mir wäerten all eisen Engagement huele fir national – awer och dank eise Regionalen, eise Leit op der Plaz – eise Bäitrag ze leeschte fir datt fir eis zentral Froen opgeworf ginn, am Interessi vun eis all, awer och vun de nächste Generatiounen. Dat, wéi gewinnt: mat eise Wäerter, Gemeinsamkeeten, eiser Dialogbereetschaft, och eisem positive Sënn fir Sträitdiskussiounen, mat konkrete Virschléi ... a wéi ëmmer, lieweg, kritesch, engagéiert.

Für eine nachhaltige Steuer- und Abgabenreform

Die Generalversammlung des Mouvement Ecologique:

- stellt fest, dass die im Jahre 2003 im Auftrag des Mouvement Ecologique erstellte Studie „Eine nachhaltige Steuerreform für Luxemburg - Wege zu einer zukunftsfähigen Umwelt-, Sozial- und Finanzpolitik" auf breites Interesse in der politischen Öffentlichkeit sowie auch in politischen Kreisen gestoßen ist, u.a. seitens des Premierministers;
- erinnert daran, dass die in dieser Studie entwickelten Ideen einerseits die Absicherung der Sozialsysteme und andererseits eine stärkere Besteuerung des Verbrauchs von begrenzten Ressourcen zum Ziel haben, dies unter Berücksichtigung von EU-Vorgaben und Entwicklungen (wie z.B. der Trend zu einer verstärkten Harmonisierung von Steuern/Abgaben);
- bedauert, dass bis dato - so weit bekannt - von der Regierung keine Vorarbeiten im Hinblick auf eine nachhaltige Steuerreform in die Wege geleitet wurden;
- stellt fest, dass EU-Vorgaben (z.B. Wasserrahmen-Richtlinie) bzw. die Verpflichtungen zur Reduktion von CO_2-Emissionen (z.B. Autosteuer) die Luxemburger Regierung dazu geführt haben, den Ressourcenverbrauch ansatzweise stärker zu besteuern bzw. mit Abgaben zu belegen, dies mit der Absicht einen Lenkungseffekt im Verbraucherverhalten herbei zu führen;
- stellt fest, dass in Ermangelung eines Gesamtkonzeptes, bei diesen punktuellen Maßnahmen ein gewisses Akzeptanzproblem entstanden ist, besonders aus der Sicht der Kostengerechtigkeit aller VerbraucherInnen sowie was die Auswirkungen auf sozial schwache Schichten anbelangt;
- erkennt einerseits die Probleme an, die dadurch im Besonderen aus sozialpolitischer Sicht entstehen könnten, betont jedoch andererseits die Notwendigkeit einer noch konsequenteren Besteuerung des Ressourcenverbrauches;

- fordert, dass im Vorfeld einer stärkeren Besteuerung oder Erhöhung von Abgaben notwendige Alternativen für den Verbraucher u.a. durch entsprechende Angebote bzw. Anreize (Mobilität, rationelle Energienutzung...) gefördert werden und u.a. die Beratung entsprechend ausgebaut wird;
- ist der grundsätzlichen Überzeugung, dass die langfristige Sicherstellung unseres Sozialsystems und die Gewährleistung einer nachhaltigen Entwicklung eine nachhaltige Steuerreform erfordern;
- betont, dass die „Preiswahrheit" elementarer Bestandteil einer nachhaltigen Budgetpolitik sein und der Lenkungseffekt der Ressourcenbesteuerung erhalten bleiben muss, als Grundlage einer nachhaltigen Politik;
- sieht es als unerlässlich an, dass soziale Auswirkungen, u.a. über Maßnahmen der Sozialpolitik, gezielt kompensiert werden müssen;
- fordert eine breite Diskussion über die Grundprinzipien einer einkommensneutralen, gerechten, sozialverträglichen und zukunftsorientierten Steuer- und Abgabenreform, dies mit allen Akteuren (u.a. auch den Arbeitnehmern und Arbeitgebern);
- fordert die politischen Parteien, die Regierung und vor allem die Minister für Budget- und Finanzen auf, umgehend eine Analyse für eine nachhaltige Steuerreform in Auftrag zu geben.

Ausweitung der Energieberatung im Rahmen eines Gesamtkonzeptes im Konsens mit allen Akteuren

Die Generalversammlung des Mouvement Ecologique

- begrüßt mit Nachdruck die Förderprogramme des Umwelt- und Wirtschaftsministeriums zur Energieeinsparung und zur Nutzung erneuerbarer Energien im Wohnbereich, die Einführung eines Energiepasses für Häuser und die (leider begrenzte) Bezuschussung einer Energieberatung durch qualifizierte Energieberater;
- stellt fest, dass neben diesen Initiativen das Wohnungsbauministerium einen Gebäudepass in die Wege geleitet hat, der neben dem Aspekt „Energie" u.a. auch die Aspekte der Sicherheit, Hygiene und Funktionalität von Gebäuden begreift;
- stellt fest, dass die Regierung vor kurzem eine Reform der Energieagentur beschlossen hat;

- bedauert die Verwirrung, die in der öffentlichen Wahrnehmung durch die Vielzahl der (an sich sinnvollen) Initiativen sowie der Kompetenzverteilung auf drei verschiedene Ministerien entstanden ist;
- weist darauf hin, dass ein sehr großer Informations- und Beratungsbedarf seitens der BürgerInnen vorliegt, der derzeit nicht im erforderlichen Ausmaß bzw. in einem sinnvollen Zeitraum befriedigt werden kann;
- befürchtet, dass die vorhandene große Akzeptanz - u.a. vor dem Hintergrund der Klimaschutzproblematik - der Bevölkerung für Maßnahmen im Bereich des Energiesparens und der erneuerbaren Energien durch diese unbefriedigende Situation gemindert werden könnte;
- tritt für eine Klärung der Rolle der verschiedenen Akteure (Staat - Gemeinden - marktwirtschaftliche Unternehmen - Nichtregierungsorganisationen) ein;
- besteht darauf, dass die vorgesehene Reform der nationalen Energieagentur auf nachvollziehbare Art und Weise erfolgen muss, dies auf der Grundlage einer vorausgehenden Klärung der Rolle aller Akteure;
- drängt darauf, dass die Ministerien eine gemeinsame Informationspolitik gewährleisten und fordert einen umgehenden Ausbau der Beratung, dies u.a. indem auch Dritt-Akteure stärker gewonnen werden (Gemeinden, Private);
- fordert die kurzfristige Organisation eines Rundtischgespräches mit allen betroffenen Akteuren (Umwelt-, Wirtschafts-, Innen- und Wohnungsbauministerium, Berufskreise, Gemeindevertreter, Nicht-Regierungsorganisationen...), um die aktuelle Situation sowie ein Konzept zur Energieberatung mit der notwendigen Prioritätensetzung in Luxemburg zu besprechen.

Für die Schaffung eines neuen Mobilitätsministeriums

Im Rahmen des Nationalkongresses fand ein interessantes Rundtischgespräch zum Thema «Welche Mobilität für morgen?» statt, an dem Transportminister L. Lux, Bautenminister C. Wiseler, Bürgermeister P. Helminger sowie Schöffe F. Braz teilnahmen. Anläßlich dieses Rundtischgesprächs wurden eine Reihe interessanter Äußerungen gemacht.

Für die Schaffung eines Mobilitätsministeriums

In der nächsten Legislaturperiode sollte ein neues Mobilitätsministerium geschaffen werden, das für die gesamte Mobilitätsplanung zuständig sei: dies ist jedenfalls die Meinung sowohl des Transport- als auch des Bautenministers. Damit wären sowohl die sanfte Mobilität (Fußgänger, Radfahrer), der öffentliche Transport wie auch der Straßenbau in einer Hand. Die derzeitige Verteilung auf 2 Ministerien wäre weniger effizient, würde eine kohärente Gesamtplanung nicht fördern und Reibungsverluste beinhalten. Der Mouvement Ecologique begrüßt diese Aussagen ausdrücklich und erwartet, dass bei der Regierungsbildung 2009 die Umgestaltung der Ressorteinteilung tatsächlich stattfinden wird.

Überlegungen zum Bau neuer Straßen – erst nach Analyse einer "Nullvariante"

Aufschlußreich war ebenfalls, dass sich der Bautenminister recht konsequent für eine Priorität der Investitionen auf den öffentlichen Transport, anstatt auf den Straßenbau, aussprach. Evtl. Straßenbauprojekte - einige Umgehungsstraßen, die nach Ansicht des Ministers scheinbar unerläßlich sind - sollten aber auf jeden Fall auch auf eine «Nullvariante» hin untersucht werden. Die Erstellung einer «Nullvariante» entspricht einer langjährigen Forderung des Mouvement Ecologique. Somit muss bei der Opportunitätsanalyse einer neuen Straße nunmehr auch untersucht werden, ob nicht ein Ausbau des öffentlichen Transportes die bessere Lösung sei. Dass diese Idee nun umgesetzt wird, ist als wichtiger Fortschritt zu werten. Begrüßt hat der Mouvement Ecologique zudem die Aussagen von Transportminister L. Lux, dass die Lösung der Mobilitätsprobleme nicht im Bau neuer Umgehungsstraßen liege.

Individualverkehr an der Quelle reduzieren

Bürgermeister P. Helminger setzte sich konsequent für die Vision einer Stadt ein, in der Fußgänger, Radfahrer und der öffentliche Transport das Bild prägen, und weniger der Individualverkehr.

Auch bei der Erstellung des neuen Bebauungsplanes der Stadt Luxemburg würde man sich deshalb vornehmen, diesem Ziel näher zu kommen. Um das Pendleraufkommen zu reduzieren, sollten weiterhin, so der Stadtbürgermeister, Pendler so nahe wie möglich an ihrem Wohnort auf den öffentlichen Transport umsteigen können, was die Anlage von P&R-Anlagen in den Grenzgebieten erfordere.

Lucien Lux gab an, bis dato wären Gemeinden eher abgeneigt gewesen auf ihrem Gebiet P&R-Anlagen zu errichten, da sie bisher 50% der Kosten übernehmen mussten. Der Staat würde auf seine Initiative hin nunmehr 80% übernehmen, so dass die Bereitschaft sich erhöhen dürfte.

Bau der Stadtbahn und Peripherbahnhöfe vorantreiben – sektorielle Pläne vorlegen

Breiter Konsens bestand darin, dass die Stadtbahn unabdingbar für eine nachhaltigere Mobilität sei und gebaut würde. Die moderne Stadtbahn ist in den Augen des Stadtbürgermeisters das Rückgrat schlechthin der Mobilitätsplanung in der Stadt Luxemburg, verbunden mit den Peripheriebahnhöfen. Lucien Lux verwies darauf, eine erneute Grundsatzdebatte aufgrund von einer rezenten Studie sei seiner Meinung nach nicht opportun, alle Fakten würden auf dem Tisch liegen: es sollte nunmehr endlich konsequent an der Umsetzung der bestehenden Pläne gearbeitet und keine weitere Zeit vergeudet werden.

Einigkeit bestand zwischen den Teilnehmern, dass der Erstellung des sektoriellen Planes "Mobilität" eine große Bedeutung beikommt. Hierbei bedauerte der Mouvement Ecologique erneut, dass die Erstellung des Planes nicht transparenter erfolge. Immerhin müssten die Gemeinden auch in ihren Bebauungsplänen, die für 2010 überarbeitet werden müssen, die Mobilität in ihrer Gemeinde planen - dabei müssten sie aber informiert sein, welche Vorstellungen der Staat hat.

Besseres Angebot für Grenzpendler gewährleisten

Felix Braz seinerseits hob darüber hinaus die Bedeutung einer Verbesserung der Anbindung des Südens mit der Hauptstadt hervor, einer Optimierung des öffentlichen Transportes innerhalb der Südregion und vor allem auch eines dringend gebotenen Ausbaus des Angebotes für die Grenzpendler. Angesichts der wachsenden Zahlen von Pendlern aus den Grenzregionen müsste das Angebot für diese Personen deutlich verbessert werden.

LNVL und Méco fordern ein sofortiges Moratorium für alle Remembrement-Projekte

Im Laufe der letzten Jahrzehnte wurde die Landwirtschaft intensiviert und rationalisiert. Dies ist an unserer Landschaft nicht ohne Schäden vorbei gegangen, wie z.B. der Remembrement (Felderzusammenlegung) zeigt. Um es aber gleich vorneweg zu sagen: wir sind nicht gegen eine Modernisierung der Landwirtschaft oder des Weinbaus, wir verlangen aber, dass dies nach nachhaltigen Kriterien erfolgt. In einer gemeinsamen Stellungnahme bezogen der Méco und die Lëtzebuerger Natur- a Vulleschutzliga Stellung.

Die Lëtzebuerger Natur- a Vulleschutzliga und der Mouvement Ecologique bezweifeln jedoch die **Wirtschaftlichkeit** und **Nachhaltigkeit** der Remembrement-Projekte. Die hohen Kosten der Projekte, vor allem im Weinbauperimeter sind kaum jemals zu rentabilisieren, nicht einmal durch eine verstärkte Intensivierung und Rationalisierung der Arbeitsschritte im Weinbau, welche durch diese Projekte gefördert werden. Aber auch die **Folgekosten**, z.b. die Beseitigung der Schäden an Wegen, die auf den künstlich geschaffenen Hängen rutschen, dürfen nicht unterschätzt werden (z.B. im "Kolteschlach", Schwebsingen).

Die Remembrementprojekte werden durch ein **Gesetz**, dessen Basis aus dem Jahr 1964 stammt, geregelt: dieses Gesetz braucht dringend eine Aktualisierung. So sind mit diesem veralteten Gesetz die aktuellen Standards einer modernen, nachhaltigen Landwirtschaft, wie sie die gemeinsame Agrarpolitik GAP der Europäischen Union vorgibt und die Verbraucher auch erwarten, nicht zu erreichen. Völlig undemokratisch ist zudem das Wahlsystem. Wir fragen uns, ob dieses Wahlsystem überhaupt verfassungskonform ist. Dies sollte kurzfristig überprüft werden.

Aus Sicht des **Landschaftsschutzes** sind die aktuellen Projekte im Weinbau als wahre **Katastrophen** einzuschätzen. Ganze Hänge werden abgetragen, um angeblich eine bessere Bewirtschaftung mit optimaler Hangneigung zu ermöglichen. Die beiden Organisationen haben den Eindruck, dass hier neue Landschaften auf dem Reißbrett entstehen, ohne dass dabei die natürlichen Gegebenheiten respektiert werden. Wir fragen uns auch wie es möglich ist, nach einem Remembrement im Weinbaugebiet noch von Muttererde zu sprechen.

Aus Sicht des **Umweltschutzes** stellen sich folgende Probleme: bei mehreren Projekten wurden Tausende Tonnen **Bauschutt** verwendet. Dies ist unverständlich, da für jede Bauschuttdeponie strenge Auflagen gelten, beim Remembrement jedoch scheinbar unkontrolliert eingebracht wird. Zumindest bei einem Projekt in Schengen wurde nachträglich durch Stichproben festgestellt, dass kontaminierter Boden mit verarbeitet wurde, und zwar nicht für den Wegebau sondern im „Wéngert". Hier wird trotzdem weiterhin Weinbau betrieben! Die beiden Organisationen fragen sich, wie viel kontaminierter Bauschutt liegt noch unerkannt in unserem Weinbaugebiet?

Aus Sicht des Naturschutzes ergeben sich viele Probleme: werden seit kurzem die durch EU-Recht geforderten „Evaluation des Incidences" aufgestellt, so sind diese aus Sicht der LNVL und des Méco nicht ausreichend.

Auch hält sich das ONR (Office Nationale de Remembrement) nachweislich nicht an die Auflagen des Umweltministeriums, bei denen z.B. ökologische Ausgleichsflächen entstehen sollen. Des weiteren werden durch Eingriffe in den Wasserhaushalt und zum Teil immer noch durchgeführte Drainagen weiterhin Feuchtlebensräume zerstört.

Demnächst stehen Projekte auch innerhalb von Natura-2000 Gebieten an. LNVL und Méco werden sich alle juristischen Schritte vorbehalten, um die Konformität der nationalen und europäischen Gesetzgebung prüfen zu lassen.

Angesichts der Tatsache, dass das ONR zurzeit auf der Agrarfläche und im Weinbaugebiet ausschließlich einer Intensivierung und Rationalisierung der Landwirtschaft und des Weinbaus Vorschub leistet, sind LNVL und Mouvement Ecologique gegen ein Remembrement im Wald unter der jetzigen Gesetzgebung, auch wenn wir eine Parzellenzusammenlegung nicht grundsätzlich in Frage stellen. Mit der derzeitigen Gesetzgebung ist ein Remembrement in unserem empfindlichsten Lebensraum jedenfalls zur Zeit nicht nachhaltig zu gestalten.

In der Konsequenz fordern die LNVL und der Mouvement Ecologique:

- ein Moratorium für weitere Remembrementprojekte
- ein grundsätzliches Überdenken der Remembrementpraxis (ist das Kosten-Nutzen Verhältnis bei Projekten, welche aus vermeintlich wirtschaftlichen Gründen durchgeführt werden, wirklich immer gegeben?)
- eine Reform des Remembrementgesetzes
- einen runden Tisch mit allen Akteuren, in dem diese weitere Vorgehensweise besprochen wird.

Hochofenanlage Belval: «Seelenloser Abriß» – Belval-Masterplaner prangert Konzeptlosigkeit des Fonds Belval an

In einem Interview mit einer Luxemburger Tageszeitung (Tageblatt vom 20. März 2008) bestätigt Rolo Fütterer vom Architektur- und Urbanismusbüro Jo Coenen & Co alle Kritiken und Befürchtungen des Mouvement Ecologique und der „Amicale des Hauts Fourneaux" in Bezug auf die aktuelle Entwicklung auf Belval-West. Der Mouvement Ecologique begrüßt die Zivilcourage des Masterplaners, die Probleme öffentlich zu thematisieren und reagierte gemeinsam mit der "Amicale des Hauts Fourneaux" mit folgender Stellungnahme.

Die Kritik des Masterplaners von Belval-West ist von einer unmissverständlichen Schärfe: Was mit den Hochöfen derzeit passiere, sei „skandalös". Der Anspruch sei gewesen, diese Stahlkathedralen in ein würdiges Umfeld zu setzen und was jetzt geschehe, sei „ein seelenloser Abriss" – „da wird den Entscheidungsträgern etwas vorgegaukelt".

Mangelhafte Denkmalschutzstrukturen und das Fehlen eines kohärenten Konzeptes der Inwertsetzung der Hochofenanlage (u.a. durch Umnutzung), stünden hierfür verantwortlich, so Rolo Fütterer. Außerdem gebe es eine nicht gelöste Dualität zwischen dem Hauptentwickler AGORA und dem Fonds Belval.

Was die Studien zur Universität anbelange, so werde krampfhaft versucht „den Masterplan auszuhöhlen", dies im Besonderen was die dort vorgesehenen Volumen anbelangt. Abschließend macht der Masterplaner einen eindringlichen Appell mit den Abrissarbeiten aufzuhören. Der Mouvement Ecologique und die „Amicale des Hauts Fourneaux" sind der Meinung, dass die Regierung gefordert ist, aber auch die zuständige Kommission der Abgeordnetenkammer, die am 16. April Kulturminister F. Biltgen und Bautenminister C. Wiseler zu dieser Problematik anhören wird. Es ist unerläßlich dabei die von Rolo Fütterer vorgebrachten Kritiken mit aller Konsequenz zu untersuchen. Wenn die Vorwürfe stimmen - und sehr vieles spricht aus der Sicht beider unterzeichnenden Vereinigungen für ein regelrechtes Missmanagement des Projektes Belval-West auf der Ebene des „Fonds Belval" - dann müssen personelle und politische Konsequenzen gezogen werden.

Der Mouvement Ecologique und die „Amicale des Hauts Fourneaux" drängen deshalb darauf, dass die zuständige Kommission der Abgeordnetenkammer neben den betroffenen Ministern auch die Verantwortlichen des „Fonds Belval", der Entwicklungsgesellschaft AGORA und u.a. den Masterplaner selbst befragt.

Es dürfen keine weiteren „faits accomplis" vor Ort durch die Verantwortlichen des Fonds Belval geschaffen werden! Deshalb fordert der Mouvement Ecologique und die „Amicale des Hauts Fourneaux" erneut ein sofortiges Moratorium aller Abrissarbeiten, bis zur definitiven Klärung der Lage auf politischer Ebene und bis die Genehmigung eines „plan d'aménagement particulier" (PAP) für die Hochofenterrasse durch die Gemeinde Esch/Alzette erstellt wurde. Die Abrissarbeiten wurden in der Tat vorgenommen, ohne dass im Vorfeld ein solcher Plan vorlag!

Belval-West sollte im Bereich der Städteplanung ein Pilotprojekt werden, das weit über die Grenzen hinaus für nachhaltige Stadtentwicklung steht u.a. auch durch eine harmonische Integration der industriegeschichtlichen Denkmäler in das neue Stadtviertel.

Handelt die Politik jetzt nicht konsequent und entschlossen und übernimmt endlich ihre Verantwortung gegenüber dem „Fonds Belval", so läuft sie Gefahr, dass diese einmalige Chance – auch was die Attraktivität des zukünftigen Campus der Universität Luxemburg anbelangt – vertan wird und die urbanistischen Fehlentwicklungen vom Plateau Kirchberg sich hier wiederholen werden.

Aktivitéitsbericht 2007 des Mouvement Ecologique und des OekoZenter Lëtzebuerg erschienen

Rezent erhielten Sie als Mitglied des Mouvement Ecologique den doch bemerkenswerten Aktivitätsbericht 2007 von Mouvement Ecologique und seiner Regionalen sowie des OekoZenter Lëtzebuerg. Sind Sie an weiteren Exemplaren interessiert? Wollen Sie vielleicht auch Freunde für eine Mitgliedschaft gewinnen? Gerne schicken wir Ihnen auf Anfrage gratis weitere Exemplare zu: Tel. 439030-1, meco@oeko.lu.

Hearing zum Thema Lissabon-Strategie in der Abgeordnetenkammer

Im März fand ein Hearing zum Thema Lissabon-Strategie in der Abgeordnetenkammer statt, organisiert von der Wirtschaftskommission. Die Stellungnahme des Mouvement Ecologique kann auf www.oeko.lu eingesehen werden.

Neue Betriebsgenehmigungen für ARCELOR/MITTAL-Elektrostahlwerke? „Nicht auf Kosten von Gesundheit und Umwelt"

Rezent hatten der Mouvement Ecologique Regionale Süden sowie die „Biergerinitiativ Stop Dioxin" zu einer Pressekonferenz zu einer gemeinsamen Pressekonferenz eingeladen. Dies in Anbetracht der von ARCELOR/MITTAL geplanten, substantiellen Änderungen – Verbrennung von Altreifen und Produktionserhöhung auf 14% jährlich in Esch-Belval; Produktionserhöhung auf 29% jährlich in Esch-Schifflingen.

Mouvement Ecologique und die Biergerinitativ klagten ein, dass bei den geplanten Änderungen an den Anlagen genauestens überpfrüft werden müsse, ob die Projekte in Bezug auf den Gesundheits- und Umweltschutz überhaupt zulässig sind.

Dies sei umso wichtiger, da seit Jahren in der Umgebung durchgeführte Messkampagnen eindeutig ergaben, dass die Schadstoffimmissionen, insbesondere Blei und Dioxine/Furane, überhöht sind! Daneben hat die Geruchsbelästigung nicht abgenommen.

Mouvement Ecologique, Regionale Süden und „Biergerinitiativ Stop Dioxin!" fordern deshalb seit Jahren eine Verbesserung der Umweltsituation an den drei Standorten der Elektrostahlwerke (Schifflingen, Esch und Differdingen) ein.

Und obwohl punktuelle Verbesserungen an den drei Elektro-Öfen vorgenommen wurden, brachten diese nicht den gewünschten Erfolg. Im Gegenteil; man kann vielmehr von einer chronischen Schadstoffbelastung des Gemüses in der Nachbarschaft der Elektro-Öfen reden.

Angesichts der geplanten Änderungen sowie diverser EU-Verordnungen wurde nun erneut Stellung bezogen. Vorgelegt wurde ebenfalls eine neue Kurzstudie, in der die Auflagen der Luxemburger Anlagen mit jenen ausländischer verglichen werden. Hierbei geht klar hervor, dass die ausländischen Elektrostahlwerke weitgehend strengere Umweltauflagen besitzen und diese auch einhalten. Somit ist bewiesen, dass diese über bessere Technologien verfügen.

Es fällt ebenfalls auf, dass die ausländischen Betriebsgenehmigungen weitaus ausführlichere Auflagen betreffend Emissionen und Immissionen enthalten.

Diese Analyse verleitet den Mouvement Ecologique Regionale Süden sowie die "Biergeriniatiativ" zu folgenden Schlußfolgerungen:

Unter Berücksichtigung folgender Aspekte

der prekären Umweltsituation in der Nachbarschaft der Elektrostahlwerke;

- des geographischen Standortes der Elektrostahlwerke (55.000 Einwohner in unmittelbarer Nähe);
- der geplanten Produktionserhöhung;
- der geplanten Verbrennung eines zusätzlichen Problemstoffes (Altreifen);
- den Ergebnissen aus der Kurzstudie über ausländische Auflagen von Elektrostahlwerken;
- dem (demnächst verabschiedeten) Aktionsplan zur Umsetzung der Stockholm-Konvention

haben Mouvement Ecologique, Regionale Süden und Biergerinitiativ „Stop Dioxin" Forderungen an folgende Ministerien:

Das Umweltministerium wird aufgefordert

- das aktuelle Genehmigungsverfahren für das Elektrostahlwerk Esch-Belval zu annullieren;
- neue, aktualisierte Betriebsgenehmigungen für die drei ARCELOR/MITTAL Elektrostahlwerke im Süden Luxemburgs zu erstellen;
- dabei insbesondere die Aspekte Gesundheitsschutz, lokale Umweltsituation, Anwendung der bestverfügbaren Technologien, das Prinzip der „Umkehr der Beweislast", die, Überwachung der Immissionssituation durch den Betreiber, die Lebensmittelsicherheit in den Betriebsgenehmigungen zu berücksichtigen;
- die Lärmgrenzwerte des gesamten Esch-Belval-Werke endlich anzupassen.

Das Gesundheitsministerium wird aufgefordert

- Lebensmittelanalysen in den kontaminierten Gebieten durchzuführen (Gemüse, Eier, Kleintiere usw.);
- Informationskampagnen zu organisieren, hinsichtlich der Schadstoffbelastung der Lebensmittel so wie Vorsichtmaßnahmen beim Verzehr durch Mensch oder Tier;
- sogenannte „Risikostudien" zu erstellen
- epidemiologische Studien in den Risikogebieten zu erstellen
- einen Kataster zu erstellen, mit den am häufigsten vorkommenden Krankheiten (insbesondere Atemwege und Krebs).

Die detaillierte Stellungnahme

sowie die Studie können auf der Homepage www.oeko.lu des Mouvement Ecologique eingesehen werden.

Vortrag organisiert von der Regionale Echternach-Mullerthal:

Mehr biologische Landwirtschaft in Luxemburg – warum eigentlich nicht?

Rezent hielt Raymond Aenderkerk im Hihof Echternach einen interessanten Vortrag zum Thema Biolandbau, organisiert vom Mouvement Écologique Echternach-Müllerthal.

Raymond Aenderkerk erklärte an Hand von anschaulichem Material den Unterschied zw. konventioneller Landwirtschaft und Biolandanbau und wusste die Anwesenden von der Bedeutung des Biolandbaus zu überzeugen!

Oeko-Foire 2008: 12.-14. September

Bitte das Datum für die diesjährige Oeko-Foire unbedingt vormerken!

Die Vorbereitungen sind bereits angelaufen und wir sind für alle Anregungen, beispielsweise für das Kulturprogramm, dankbar. Wir freuen uns ebenfalls über jede tatkräftige Mitarbeit am Messewochenende, sei es hinter dem Ausschanktresen, in der Küche oder beim Bücherstand.

Bei Interesse einfach anrufen: 43 90 30 -1

mouvement écologique

Mouvement Ecologique asbl.

Oekozenter Lëtzebuerg
6, rue Vauban
L - 2663 Luxembourg
Tel.: 43 90 30-1
Fax: 43 90 30-43
e-mail: meco@oeko.lu
www.oeko.lu

Der Mouvement Ecologique ist eine parteipolitisch neutrale und unabhängige Umweltschutzorganisation mit zahlreichen ehrenamtlich engagierten BürgerInnen. Durch eine Mitgliedschaft oder die Anwerbung von MitgliederInnen können Sie die kritische, engagierte und unabhängige Arbeit des Mouvement Ecologique und die Realisierung seiner Zukunftsvisionen für eine lebenswerte Gesellschaft von Morgen unterstützen.